

BERICHT über die Durchführung der 11. Jahreskonferenz der „Kiewer Gespräche“ zum Thema: „Zwischen Krise und Reformen: Menschenrechte und Justiz in der Ukraine“

Vom 12.-13. Oktober fand im President-Hotel Kiew die elfte Jahreskonferenz der „Kiewer Gespräche“ zum Thema „Zwischen Krise und Reformen: Menschenrechte und Justiz in der Ukraine“ statt. Innerhalb von zwei Tagen behandelten Vertreter internationaler Stiftungen, Experten, Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen, Diplomaten und Abgeordnete die Folgen der Kampfhandlungen im Donbass, massenhafte Verletzungen der Menschenrechte und Mechanismen ihres Schutzes, Minderheitenrechte. Während der Paneldiskussionen wurde auf die Themen der IDPs und Flüchtlinge eingegangen, es wurden Ergebnisse der Monitoringsmissionen erfahrener Menschenrechtler aus der Ukraine, Russland und der EU in der Ostukraine erörtert. Internationale Experten analysierten die Erfüllung der Vereinbarungen von Minsk und Erwartungen von Reformen im Justizbereich.

Die Maßnahme fand in Zusammenarbeit mit der Kharkiv Human Rights Protection Group, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament sowie unter der Förderung des Auswärtigen Amtes Deutschlands und der Schwedischen Agentur für internationale Zusammenarbeit SIDA statt.

An der Arbeit der Konferenz nahmen über 50 Referenten teil, es wurden mehr als 500 Personen registriert, u.a. Medien- und NGO-Vertreter. Mit ihren Vorträgen und Vorschlägen referierten Rebecca Harms, Mitglied und Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Dr. Christof Weil, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine, Refat Chubarov, Vorsitzender des Medschlis des krimtatarischen Volkes, Johannes Regenbrecht, Leiter des Arbeitsstabes Ukraine im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Alexander Hug, stellvertretender Leiter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine, Kalman Mizsei, Leiter der EU-Beratungsmission in der Ukraine, Michael Link, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, Josef Zissels, Vorsitzender des Verbands jüdischer Organisationen und Gemeinden der Ukraine, Hryhori Nemyria, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte, nationale Minderheiten und zwischennationale Beziehungen in der Werchowna Rada der Ukraine, Natalia Sevostianova, erste stv. Justizministerin der Ukraine, Yevgeniy Zakharov, Vorsitzender der Menschenrechtlergruppe Charkiw, Svetlana Gannushkina, Vorsitzende der Flüchtlingshilfsorganisation „Bürgerbeteiligung“ (Moskau) und andere.

Ihre Begrüßungen richteten an die Teilnehmer Stefanie Schiffer, Geschäftsführerin des Europäischen Austausches Berlin und Dr. Christof Weil, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine. Unter anderem gestand Dr. Christof Weil, dass er große Hoffnungen auf die ukrainische Zivilgesellschaft setzt, obwohl er die Ukraine sehr differentiell sieht:

- Wir befinden uns jetzt in einer völlig neuen Ukraine. Die Welt hat eine erfolgreiche Revolution der Zivilgesellschaft gesehen, die leider große Opfer abverlangt hat. Ohne Ihren engagierten Kampf, ohne Ihre Zusammenarbeit hätte es keine Veränderungen gegeben, ohne sie wird es diese auch in der Zukunft nicht geben. Gleichzeitig wird es auf der Krim und im Donbass wegen der russischen Besatzung gegen die Menschenrechte verstoßen, es wurden zahlreiche Gewalttaten registriert. Ich möchte, dass Sie wissen: Deutschland steht an der Seite der Ukraine, es ist solidarisch mit ihr, fördert mit besten Kräften den Reformprozess und hält alle Versuche, über ihre Souveränität und Integrität zu verhandeln, einfach unzulässig, betonte der Botschafter.

Während der Einführungsdebatte stellten ihre Visionen zur Bewältigung der Krise und Möglichkeiten des Schutzes von Rechten der Bürger der Ukraine unter den bestehenden Bedingungen Hryhori Nemyria, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte, nationale Minderheiten und zwischennationale Beziehungen in der Werchowna Rada der Ukraine, Rebecca Harms, Mitglied und Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA im Europäischen Parlament und Bogdan Kryklyvenko, Sekretariatsleiter der Menschenrechtsbeauftragten der Werchowna Rada der Ukraine, dar. Rebecca Harms bezeichnete die Vertretungen der „Kiewer Gespräche“ als Herzstücke, die die ukrainische Gesellschaft in der Transformationsperiode widerspiegeln.

- Ein großer Teil des ukrainischen Territoriums ist besetzt, es ist unkontrollierbar, daher können wir mit keinen schnellen Reformen rechnen, meinte Rebecca Harms. – Ja, es wurde ein Korruptionsbekämpfungsamt eingerichtet, wo bleibt aber die Reform der Staatsanwaltschaft, wo sind Staatsanwälte, mit welchen ein Dialog geführt werden kann? Wie kann man von einem Land, das Politiker, Bürgermeister, Gouverneure hat, denen es aber keine würdigen Gehälter anbieten kann, verlangen, dass es hier keine kleinen oder großen Bestechlichen gibt? Die neue Polizei verkörpert zum Teil die Änderungen im Lande, aber es gibt eben viel zu wenige Änderungen.

Die Vortragenden schlussfolgerten, dass die Unabhängigkeit und Umgestaltungen Zeit benötigen, obwohl einige Veränderungen auch schneller sein könnten. Dafür sei der Generationswechsel wichtig, und seit dem Beginn des Maidans wären nicht einmal zwei Jahre vergangen. Derzeit sei eine große Aufgabe für die Ukraine die Gewährleistung der Erfüllung von Rechten der Binnenflüchtlinge, u.a. der Wahlrechte. Andernfalls könnte es die Stärkung der ukrainischen Gesellschaft hindern. Die wichtigsten Herausforderungen für die Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine wären heute die Straflosigkeit der Verbrechen gegen die Protester auf dem Maidan, der Krieg im Donbass und die Gefahr der Schrumpfung der ukrainischen EU-Integration.

Panel I. Menschenrechte auf der Krim unter russischer Besatzung

In der ersten Paneldiskussion wurden die Menschenrechte auf der Krim unter russischer Besatzung thematisiert. An der Besprechung nahmen Johannes Regenbrecht, Leiter des Arbeitsstabes Ukraine im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Sergij Zajets, Vertreter des Regionalen Zentrums für Menschenrechte, Refat Chubarov, Vorsitzender des Medschlis des krimtatarischen Volkes und Olga Skrypnyk, Koordinatorin der Menschenrechtlergruppe der Krim, teil.

Bei der Behandlung der Menschenrechte auf der Krim kann man an dem krimtatarischen Aspekt nicht vorbeigehen. Olga Skrypnyk nannte die Krim nach ihrer Annexion sogar eine „Halbinsel der Angst“. Dies sei darauf zurückzuführen, dass Russland riesige Erfahrungen in Bezug auf die Kontrolle über die Staaten und ihre religiösen Organisationen hat. Derzeit würden die Krimtataren Repressionen und Diskriminierungen ausgesetzt, auf sie werde der stärkste Druck ausgeübt, denn sie haben die Besatzung der Krim nicht akzeptiert und dies öffentlich und massenhaft zum Ausdruck gebracht. Der Vorsitzende des Medschlis des krimtatarischen Volkes, Refat Chubarov, stellte eine traurige Situation fest: die russische Staatsmacht hätte die wichtigsten Zentren der Krimtataren ermittelt und deren Vernichtung veranlasst. Es sei betont, dass der Medschlis des krimtatarischen Volkes nicht nur ein Selbstverwaltungsorgan ist, das sei auch ein Organ der nationalen Einigung. Die krimtatarischen Medien wären nicht nur Massenkommunikationsmittel, vielmehr wären sie ein Instrument der Wiedergeburt. Die Geistige Verwaltung der Krim-Moslems sei vor allem ein Gremium, das sie koordiniert und organisiert. Und Putin hätte es geschafft, Leiter dieser Verwaltungen auf der Krim unter gewisse Kontrolle zu nehmen.

- Wir sind ein kleines Volk, es gibt nur 300.000 Krimtataren auf der Krim. Wenn Sie mich fragen, was die Ukraine machen soll, dann antworte ich: „Helfen Sie der Ukraine, die Krim zurückzuerstatten.“ Retten Sie nicht die Krimtataren, retten Sie nicht das Territorium der Krim, retten Sie die westliche Zivilisation, zu der wir auch zählen, rief Chubarov die Konferenzteilnehmer auf. Das zweite Jahr dauert die Besatzung an, und wir haben immer noch keine effektiven Instrumente gefunden, damit die Russen abziehen oder zumindest die Repressionen reduzieren. Die Sanktionen funktionieren schon, sie reichen aber nicht aus. Und die Krim ist unser Land, das Land der Krimtataren. Ja, heute haben viele vor, einfach auszureisen. Wir sagen unseren Menschen: „Bleibt auf der Krim, koste es, was es wolle, auch wenn es zu Ermordungen kommen wird.“ Denn das ist unsere Heimat, wir kehrten jahrzehntelang hierher zurück und wissen: Wenn wir jetzt ausreisen, gibt es keine Rückkehr mehr. Auch Sie werden uns nicht helfen. Daher soll der ukrainische Staat unter diesen Umständen in erster Linie sein Bestes tun, damit das Thema der Krim von der Tagesordnung nicht abgesetzt wird, vielmehr soll es zum Hauptthema werden. Und nicht weil es um das Land der Krimtataren handelt, sondern weil ohne die Krim eine Frage über die Sicherheit des Bestehens der Ukraine zutage tritt.

Johannes Regenbrecht, Leiter des Arbeitsstabes Ukraine im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, hob hervor, dass der Prozess der Konfliktdeeskalation bereits eingeleitet worden ist. Die Kommunalwahlen auf dem besetzten Territorium werden stattfinden, und zwar auf der Grundlage der ukrainischen Gesetzgebung. Gleichzeitig sei es notwendig, die Anzahl internationaler Beobachter auf der Krim zu erhöhen, und dafür sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Zugangskontrolle internationaler Menschenrechtsmissionen auf der Krim zu vereinfachen. Gleichzeitig bestehe ein großes Problem für die Arbeit solcher Missionen auf der Halbinsel darin, dass die russische Staatsmacht keine internationalen Beobachter aufnehmen wolle. Herr Regenbrecht versicherte Refat Chubarov, dass die Sanktionen gegen Russland, eben im Kontext der Krim, auch in der Zukunft gültig bleiben würden, auch fünf oder zehn Jahre später.

- Ich teile die Skepsis in Bezug auf Putin, teile aber die Skepsis in Bezug auf seinen Nachfolger nicht. Wie lange das Krim-Problem bestehen wird, hängt nicht von uns ab. Wenn wir die Annexion der Krim anerkennen, werden wir unsere europäischen Grundwerte verletzen. Es ist kompliziert, über ein konkretes Szenario zu sprechen,

aber wir sind an der Seite der Ukraine, und Russland wird immer für jegliche Verstöße Verantwortung tragen, so Regenbrecht.

Panel II. Menschenrechtsmissionen in der Südost-Ukraine: Beobachtungen und Empfehlungen

Über ihre Visionen zu den Geschehnissen im Osten der Ukraine berichteten Alexander Hug, stellvertretender Leiter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine, Ludmila Klochko, Vertreterin der Menschenrechtlergruppe Charkiw, Kostiantyn Rieutskyi, Vertreter von „VOSTOK SOS“, Svitlana Valko, Koordinatorin für Dokumentationen der Organisation „Internationale Partnerschaft für Menschenrechte“ und Oleksandra Matvijchuk, Koordinatorin des Zentrums für staatsbürgerliche Freiheiten.

Die ukrainischen Aktivisten kritisierten scharf die Stadtobrigkeit von Kiew, mussten aber erkennen, dass die Untersuchungen über die Verletzungen der Menschenrechte nicht nur ohne Prüfung bleiben, sondern einfach verschwiegen werden. Oleksandra Matvijchuk ging auf zwei Problembereiche ein, die die Dokumentation und Untersuchungen betreffen.

– Die öffentliche Initiative „Euromaidan SOS“, die ich vertrete, entsandte eine mobile Gruppe auf die Krim einen Tag, nachdem der Föderationsrat Putin einen Militäreinsatz in der Ukraine genehmigt hatte. Das war eine große Herausforderung, aber mit der Berücksichtigung der Spezifik unseres Konflikts konzentrierten wir uns auf die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen, um ein genaues Bild von den Ereignissen zu verschaffen und internationales Advocacy zu gewährleisten. Als wir aber mit dem Umfang der Probleme konfrontiert wurden (wir arbeiten auf dem Grenzgebiet des Völkerrechts und des humanitären Rechts) und das Ausmaß der Verschleppungen und Folter ziviler Personen auf den besetzten Territorien erkannten, verstanden wir, dass keine Organisation im Stande ist, mindestens ein Zehntel der Geschehnisse zu dokumentieren. Der zweite Problembereich betrifft die Untersuchungen. Ich verstehe, dass die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden mit präzedenzloser Anzahl von Verbrechen zu tun hatten, und sie sollten auf alle Fälle reagieren. Aber lokalen Eliten ging es wunderschön, als Slowjansk und andere Gemeinden durch illegitime Militärformationen erobert wurden. Diese Eliten bleiben nach wie vor an der Macht. Können dann diese Gemeinden etwa als befreit gelten?

Die Menschenrechtsorganisationen haben vorgeschlagen, ein Koordinierungszentrum für alle interessierten Menschen einzurichten, das sich mit Erhebung, Analyse und Systematisierung von Informationen über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen befassen kann. Die gültige Staatsmacht ging aber einen anderen Weg: sowohl der Sicherheitsdienst der Ukraine als auch die Generalstaatsanwaltschaft haben eigene Koordinierungszentren. Dies reduziert bedeutend die Effektivität der Untersuchungen.

Die NGO-Koalition „Für Frieden und Gerechtigkeit im Donbass“ präsentierte zum Beispiel vor zwei Wochen in Warschau einen Bericht über die Orte der Freiheitslosigkeit, insgesamt waren das 61 Orte. Der Sicherheitsdienst der Ukraine registrierte auf seiner öffentlich zugänglichen Karte hingegen nur 26 solcher Orte der Freiheitslosigkeit.

Vertreter der Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Stadtobrigkeit von Kiew

sowohl für ihre Gleichgültigkeit zu Verletzungen der Menschenrechte durch die ukrainischen Militärs als auch für die fehlende Untersuchung von Verstößen gegen die grundlegenden Menschenrechte auf den befreiten Donbass-Territorien. Dabei stimmten die Teilnehmer Alexander Hug hinsichtlich der Wichtigkeit der Erfüllung der Vereinbarungen von Minsk als Vorbedingung für den Friedensprozess im Donbass zu.

Panel III. Vereinbarkeit von Reformen und Menschenrechten in der Ukraine

In der Diskussion über die Reformen und über deren Inhalte waren sich die Teilnehmer uneinig. Ein Teil der Referenten war überzeugt, dass nur eine vollständige Systemerneuerung und neue Gesichter zu einem effizienten und erhofften Ergebnis führen können. Andere Vortragende waren aber der Meinung, dass der Reformprozess in der Ukraine viel zu politisiert ist, denn jede politische Kraft will einen Gewinn erhalten. Infolgedessen ziehen sich die Reformen in die Länge, es werden Gesetzentwürfe entwickelt und Gesetze verabschiedet, die keiner Kritik standhalten. Deswegen wären unter solchen Umständen nicht neue Gesetze oder Menschen die Hauptsache, sondern neue Regeln.

Kalman Mizsei, der Leiter der EU-Beratungsmission in der Ukraine, wies darauf hin, dass sich die Ukraine in der Etappe des Übergangs vom sowjetischen Erbe, der nicht als Muster der Einhaltung der Menschenrechte gilt, zu einer neuen Tradition befindet. 2005 und 2006 bezeichnete er als Jahre verpasster Möglichkeiten der Regierung, wodurch es zu negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf das Gerichtssystem gekommen sei. Nun wäre es wichtig, diese Fehler nicht zu wiederholen.

- Würdige Selbstorganisation der Menschen würde für die ukrainische Gesellschaft schon viel bedeuten. Wir haben den Ausdruck der höchsten Würde gesehen, und das ist ein Hintergrund für den Kampf, ein Wunsch, etwas zu ändern und weiterzukommen, so Mizsei. – Während der Revolution der Würde haben Sie gehofft, dass es zu schnellen Änderungen kommt. Sie sind aber langsam, denn in einem Land, in dem der Rechtsvorrang ineffektiv ist, ist es recht kompliziert, eine starke Gesetzgebung aufzubauen. Während der Reise durch zwölf Regionen haben meine Kollegen gesehen, dass die Staatsanwälte nach intern entwickelten Korruptionsschemen arbeiten, und die Gehälter kritisch niedrig sind. Wir unterstützen die Änderungen in der Ukraine, diese finden aber noch nicht statt. Sie haben also was zu tun.

Der Meinung des ausländischen Kollegen stimmte Natalia Sevostianova, erste stv. Justizministerin der Ukraine, zu. Sie meinte, es gäbe viele komplexe Probleme mit der Umsetzung der Reformen in der Ukraine. Vor allem wären sie mit den Basisreformen zu tun, z.B. mit der Gerichtsreform oder der Reform der Strafverfolgungsbehörden. Und obwohl viele positive Initiativen bereits umgesetzt wurden, die mit der Vereinfachung der Unternehmensführung zu tun haben, sei die Frage der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen besonders akut: zu 90 % würden diese nicht effektiv vollgestreckt.

- Haben wir früher 250 Beschwerden der Ukraine aus dem Europäischen Gerichtshof monatlich erhalten, so sind in diesem Jahr z.B. bereits über 5 000 Beschwerden eingegangen. Die Reform soll einen Systemcharakter haben, denn der staatliche vollstreckende Dienst ist in der heutigen Form korrumpiert und ineffizient. Daher wurde ein Konzept einer neuen Reform ausgearbeitet, ein Gesetzentwurf, der in der

letzten Woche in erster Lesung von der Werchowyna Rada angenommen wurde. Wir sind bereit, die Funktion zu dezentralisieren, sie auf den Markt zu bringen, damit ein natürlicher Wettbewerb entsteht und die Menschen, bei denen Bestechungsgeld gefordert wird, eine Alternative haben. Dies hat auch mit der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen zu tun. Früher war das Notariatswesen auch staatlich, heute sehen wir aber, wie effektiv Privatnotare arbeiten.

Es sei erinnert, dass das Gerichtssystem der Ukraine 9.000 Richter hat. Nur im letzten Jahr wurden im System des Justizministeriums 5.000 Personen gekürzt. Es gab viele Festnahmen im Rahmen der Korruptionsbekämpfung, dies konnte aber das Problem nicht lösen. Daher unterstützt die Regierung eine vollständige Auswechslung der Richter im Lande und die Systemerneuerung, denn das Vertrauen ins Gerichtssystem ist in der Ukraine europaweit am niedrigsten. In der Venedig-Kommission liegen derzeit zwei Entwürfe der Gerichtsreform. Das erste wurde von dem Verfassungsausschuss erarbeitet, das zweite wurde von der Initiative „Reanimationspaket der Reformen“ vorgeschlagen, es ist auch radikaler.

Roman Romanov, Direktor des Programms „Menschenrechte und Rechtsprechung“ der Internationalen Renaissance-Stiftung, ist hinsichtlich der Änderungen optimistisch eingestellt und meint, dass die Schwierigkeiten auf keinen Fall entmotivieren können:

- Die Reform der Judikative appelliert an die künftigen Generationen, denn in der heutigen Zeitperiode kann sie kaum umgesetzt werden. Gleichzeitig ist die Ukraine ein Land, in dem heute alles möglich ist. So etwas haben wir noch nie erlebt. Wir führen mit unseren europäischen Partnern eine offene Diskussion, um über den Punkt einig zu werden, wo die Anstrengungen eben zum jetzigen Zeitpunkt am effizientesten unternommen werden können. Unsere Beobachter durften sich einen Monat lang in den Polizeibehörden von sechs Gebieten der Ukraine aufhalten. Leider konnten wir sehen, dass die Wirkung der Gesetzgebung in der Praxis minimal ist.

Frau Natalia Sevostianova setzte diesen Gedanken fort:

- Alle Reformen, die derzeit im Justizbereich durchgeführt werden, sind eng mit dem Gerichtssystem verbunden. Es wird mir gesagt: Sie entwickeln ein effektives System der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, gleichzeitig kann man in diesem Land die Gerichtsurteile kaufen. Wir dürfen aber bei der Reformumsetzung nicht davon ausgehen, dass unser Gerichtssystem apriorisch korrupt ist. Die Statistik zeigt, dass die Reformen in der Ukraine nur dann effizient sind, wenn sie bei Nullpunkt eingeleitet werden. Die Versuche, alte Mitarbeiter auszubilden oder neue Mitarbeiter einzustellen bringen keine erhofften Ergebnisse. Deswegen soll das Gerichtssystem, auch wenn es spezifisch, eine Art Staat im Staate mit eigenen Garantien ist, völlig neu gestartet werden. Die Hauptsache ist nun, richtige Ansätze zur Umsetzung dieser Reform zu finden und sich die Unterstützung des Präsidenten zu holen.

Yewgeniy Zakharov, Vorsitzender der Menschenrechtlergruppe Charkiw, bewertete kritisch die Vorschläge der Vorredner und meinte, dass die Änderungen auch dann effizient sein können, wenn niemand entlassen wird:

- Wenn man behauptet, dass alle entlassen und neue Mitarbeiter eingestellt werden

sollen, frage ich mich sofort, woher die Neuen kommen sollen. Wir brauchen keine neuen Gesetze, keine neuen Menschen, wir brauchen neue Regeln. Beispielsweise haben wir ein anderes Modell der Polizeistreifen in Kleinstädten und Dörfern getestet. Wir haben das mit den Polizisten gemacht, die heute arbeiten. Das Experiment war meines Erachtens erfolgreich. Es zeigte, dass die Polizisten anders arbeiten können, wenn sie unter neuen Umständen tätig sind und an sie neue Anforderungen gestellt werden.

Auch Gennadiy Ryschkow aus der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit hat Bedenken in Bezug auf die Idee, alle Richter zu ersetzen. Es gäbe recht ernsthafte rechtliche Probleme mit solch einem Schritt, auch europäische Experten würden diese radikalen Vorschläge kaum unterstützen.

Panel IV. Flüchtlingsproblematik in der Ukraine: Wege zur Eingliederung und Versorgung

Die Anzahl der Binnenflüchtlinge in der Ukraine schlägt Rekorde. Offiziell wurden mehr als eine Million IDPs registriert. Gleichzeitig wurden mit Stand zum Ende 2014 214 Bürger der Ukraine provisorisch in Russland aufgenommen. Die Situation bleibt kompliziert (die staatliche Finanzierung zur Gewährleistung von Grundbedürfnissen der Flüchtlinge reicht nicht aus, die soziale Versorgung entspricht bei weitem nicht den europäischen Standards), die Experten sind aber optimistisch eingestellt.

Über die Schritte, die mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Binnenflüchtlinge unternommen werden sollten, über ihre Befindlichkeiten und Probleme sprachen Heorhij Lohvinskyy, Abgeordneter der Werchowna Rada der Ukraine, Andriy Waskovych, Präsident von Caritas Ukraine, Borys Zakharov aus dem Ukrainischen Helsinki-Verband für Menschenrechte und Svetlana Gannushkina, Leiterin des Netzwerkes juristischer Beratungsstellen für Flüchtlinge und Vertriebene des Internationalen Menschenrechtszentrums „Memorial“ aus Moskau sowie Katharina Senge aus der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Heorhij Lohvinskyy betonte, dass die Ukraine diese Frage meistern kann, dafür sollen aber gewisse Mechanismen eingeschaltet werden.

- Die Frage, ob der ukrainische Staat den Flüchtlingen den moralischen und finanziellen Schaden, der durch die russischen Handlungen zugefügt worden ist, ersetzen soll, bleibt offen, obwohl sie absurd ist. Denn dieser soll durch den Angreiferstaat, der diesen Schaden zugefügt hat, ersetzt werden. Daher arbeiten wir zusammen mit Anwälten und Menschenrechtlern an dieser Frage und planen, eine Sonderagentur für die Rückerstattung ukrainischer Akiva einzurichten. Wir sollen uns zusammentun und nach Mitteln und Mechanismen suchen, die Ergebnisse bringen können.

In Russland ist die Situation mit den Flüchtlingen aus der Ukraine nicht so optimistisch. Svetlana Gannushkina berichtete, dass nur 250 Ukrainer den Flüchtlingsstatus bekommen haben, vor allem sind das Richter und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft. Die Menschen aber, die provisorisch aufgenommen wurden, hätten tatsächlich keine Privilegien. Seit Anfang dieses Jahres würden die Informationstabellen über die Beantragung des

Flüchtlingsstatus, die früher laufend ausgefüllt wurden, nicht mehr aktualisiert. Im März 2014 wurden die Menschen aus der Ukraine gastfreundlich aufgenommen, Freiwillige kümmerten sich um sie, boten ihnen ihre Wohnungen an, verpflegten sie, an der Grenze wurden Camps mit allen Bedingungen eingerichtet, drei Monate später aber änderte sich die Einstellung zu den Flüchtlingen radikal. Der Enthusiasmus der Russen ging zunichte, mehr noch: Russland verabschiedete eine Verordnung, mit der überhaupt verboten wird, den Flüchtlingsstatus zu beantragen.

- Als Staatsangehörige von Russland will ich die Verantwortung für die Krim-Annexion und für die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine übernehmen. Das ist auch mein Kreuz, ich soll es tragen, betonte Gannushkina. – Warum reisen die Menschen aus der Ukraine aus? Vor allem weil sie Verwandte in Russland haben, aber auch nach den Gesprächen mit den Menschen in den besetzten Gemeinden, wo viele die Politik von Russland unterstützen. Ich muss es sagen: die Ukraine hat den Informationskrieg verloren. Wir fragen die Menschen, was sie gesehen haben, und sie berichten uns über verschiedene Scheußlichkeiten. Wenn ich sie aber bitte, getrennt darüber zu erzählen, was sie selbst gesehen und was sie von anderen gehört haben, dann sagen sie, ihre wichtigste Informationsquelle sei der erste TV-Kanal Russlands.

Nach der Besprechung der Hauptthemen teilten sich die Konferenzteilnehmer und Referenten in vier Arbeitsgruppen, in welchen sie Empfehlungen zur Verbesserung der Situation um die Menschenrechte in der Ukraine parallel arbeiteten.

Die Arbeitsgruppe, die am Thema „**Justizreform und das Recht auf ein faires Verfahren**“ unter der Teilnahme erfahrener Richter, Anwälte und Rechtsberater arbeitete, behandelte folgende Punkte:

- *Problem neuer Menschen in einem neuen Gerichtssystem: wer soll eingestellt und wie soll es gestaltet werden;*
- *Ansätze zum Problem der Erneuerung der Richterschaft;*
- *Ein neuer Richter: wie soll er sein?*

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig: womit wir uns auch immer beschäftigen, kann all diese Tätigkeit ohne unabhängige und unbestechliche Gerichte umsonst sein. Im Saal gab es Anhänger sowohl radikaler Schritte (Entlassung aller Richter, u.a. durch die Durchführung eines internationalen Referendums) als auch liberalere Ansätze. Der neue Richter soll kultiviert, intelligent sein, entsprechende moralische Eigenschaften und starken Willen haben. Darüber hinaus soll nicht nur der Berufsweg der Kandidaten, sondern auch zum Teil ihr Lebensweg geprüft werden. Die Experten sind zuversichtlich: gute Aufmerksamkeit soll nicht nur den Richtern, sondern auch den Menschen geschenkt werden, die Informationen analysieren und die Richter unmittelbar wählen werden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass das Zusammenwirken der Gesellschaft und des Verfassungsausschusses, der die Verfassung in ihrem Interesse kreierte (und die Verfassung soll zu einem Gesellschaftsvertrag und nicht zu einer Elitenverschwörung werden), eine ganze Menge von Vorschlägen bewirkt, in denen erläutert wird, welche Risiken bestehen und warum sowie auf welche Art und Weise die Veränderungen umgesetzt werden sollen.

Die „**Rechte von Minderheiten und der Konflikt im Südosten der Ukraine**“ wurden in

der Arbeitsgruppe behandelt, in der Bernhard Ziesch, Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, Josef Zissels, Vorsitzender des Verbands jüdischer Organisationen und Gemeinden der Ukraine, Vertreter der ukrainischen Regierung und Fachorganisationen arbeiteten. Bessere Kommunikation mit den Minderheiten und effizientes Zusammenwirken zwischen ihnen und der Staatsmacht könnten durch Folgendes gewährleistet werden:

- *Stärkung des Monitorings über die Einhaltung der Minderheitenrechte auf den besetzten Territorien;*
- *Übergang von der paternalistischen Minderheitenpolitik, die in der Sowjetunion betrieben wurde, zur proaktiven Politik, wo die nationalen Minderheiten sich selbstständig organisieren sollen;*
- *Verankerung von Gruppenrechten neben den individuellen Rechten;*
- *Selbstorganisation der Minderheiten für einen aktiven Dialog ihrer Vertreter mit der Regierung der Ukraine.*

Bernhard Ziesch unterstrich, dass es in der Ukraine gewisse Probleme mit manchen Minderheiten gibt, aber nach Ergebnissen des Monitorings 2014 sei die Situation im Allgemeinen sehr positiv.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema „**Reform der Strafverfolgung und Menschenrechte im Strafverfahren**“ befasste, hob fünf wichtige Punkte auf dem Wege zu Änderungen hervor:

- *Vorhandensein einschlägiger Bildung und Erziehung bei Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden und der Staatsanwaltschaft;*
- *Beschleunigung bei der Gestaltung von Inhibitionen oder einer Balance zwischen verschiedenen Ordnungsbehörden;*
- *Stärkung der öffentlichen Kontrolle und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit von Seiten der Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden;*
- *Analyse der Effizienz der Strafverfolgungsbehörden im Kontext der Strafjustiz;*
- *Entwicklung von Methoden zur Bewertung der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden.*

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren sich einig, dass es unmöglich ist, 100.000 Polizisten auf einmal zu entlassen, um neue einzustellen. Genauso sei es unmöglich, das Bewusstsein der Polizisten zu ändern, so dass sie sich nicht von eigenen Prioritäten, sondern von den Prioritäten der Gesellschaft leiten lassen. Deswegen sei der Reformprozess schwierig und langwierig, aber das wäre der einzige Weg, auf dem man wirklich etwas erreichen kann. Was die Bildung und Erziehung angeht, so sollten die Erziehung einer inneren Würde der Mission von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden (dienen und schützen) sowie die Bestrebung nach Vertrauen der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Die Änderungen zur Verfassung der Ukraine, die von der Werchowna Rada in der ersten Lesung angenommen wurden, lösten eine heftige Diskussion unter den Teilnehmern der vierten Arbeitsgruppe „**Verfassungsreform**“ aus. Ihrer Meinung nach betrachten der Präsident und ausländische Experten die Verfassungsreform ausschließlich im politischen Sinne als einen Schritt zur Friedensförderung, dabei gäbe es hier viele rechtliche Mängel. Daher wurden folgende Grundempfehlungen unterbreitet:

- *Fortsetzung der Frist für die Prüfung der Verfassungsänderungen;*
- *Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Prüfung der Änderungen.*

Robert Boer, Experte der EU-Beratungsmission in der Ukraine, stimmte den ukrainischen Experten zu, dass die Entwicklung der Verfassungsänderungen innerhalb von sechs Monaten eine zu anspruchsvolle Idee ist. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe führten einige Beispiele misslungener Normen dieses Gesetzentwurfes an, u.a. ging es um eine wesentliche Reduzierung der Rolle und Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung, obligatorische Durchführung der Wahlen auf den besetzten Territorien (obwohl die Ukraine diese auf den Territorien, die von der Volksrepublik Luhansk und der Volksrepublik Donezk kontrolliert werden, höchstwahrscheinlich nicht durchführen kann) und die Einengung des Rechts auf Verteidigung (im „Präsidentengesetzentwurf“ dürfen dies nur Rechtsanwälte tun).

Bei der Zusammenfassung der Konferenzergebnisse betonte Rebecca Harms, dass von der europäischen Perspektive aus betrachtet, befindet sich die Ukraine in einer Situation, wo die Nation neu geboren wird, sich selbst kreiert, und anderen Staaten fällt es vielleicht schwer, dies zu bewerten. Aber die Europäische Union erwarte von der Ukraine notwendige Reformen.

- Ich kenne die Ukraine seit etwa zwanzig Jahren und weiß genau, dass die Diskussion über die Reformen im Justizbereich seit der Orangen Revolution geführt wird, unterstrich Harms. – Sie brauchen Menschen, die sich mit der Korruptionsbekämpfung wirklich befassen und sich für radikale Änderungen auf den Führungspositionen einsetzen. Die Justizreform soll dringend umgesetzt werden, die Zeit drängt wirklich.

Es kamen viele Fragen aus dem Publikum, u.a. über die Situation mit der Krim. Michael Link versicherte den Teilnehmern, dass so gut wie alle OSZE-Staaten die Meinung teilen, dass die Krim der Ukraine gehört und dass diese Frage eine der wichtigsten ist.

- Die Stabilisierung der Situation in der Ukraine liegt in unserem Interesse, stimmte Wilfried Jilge zu. – Unsere Mission besteht nicht nur darin, die Ukraine zu bereisen, sondern auch ihr zur Seite zu stehen, mit Erfahrungen zu helfen. Die Weltgemeinschaft übt keinen Druck auf die Ukraine aus, sie will ihr helfen. Gerade deswegen ist die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk eine wichtige Strategie für die Lösung von Problemen im Donbass.

Die von den Arbeitsgruppen im Rahmen der Konferenz entwickelten Empfehlungen werden in nächster Zeit in der Werchowna Rada vorgestellt.